

# Gronau wird Sicherer Hafen!

## Prolog

Der Stadtrat unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative „Seebrücke - Schafft sichere Häfen“.

Auch die Stadt Gronau ist bereit, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen.

Deshalb erklärt sich die Stadt Gronau offiziell zum Sicherem Hafen für Geflüchtete.

Damit bekräftigen die Stadt und ihre Bevölkerung die Praxis einer Willkommenskultur. Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden.

Abschottung und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen sind keine legitimen politischen Mittel.

Die Blockierung der zivilen Seenotrettung durch europäische Staaten und die Kriminalisierung der Seenotretter\*innen müssen umgehend beendet werden. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter, etwa der sogenannten "libyschen Küstenwache" verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

Die aktuell katastrophalen Bedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in Moria und den anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.



### **1. Sicherer Hafen**

Die Stadt Gronau erklärt sich zum Sicherem Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.

### **2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung**

Die Stadt Gronau positioniert sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Sie übernimmt die Patenschaft für eines der derzeit festgesetzten, zivilen Seenotrettungsschiffe (oder beteiligt sich daran) **oder unterstützt die Versorgung von Menschen, welche innerhalb und außerhalb von Lagerzäunen an den europäischen Außengrenzen unter menschenunwürdigen Bedingungen (über-)leben.**

### **3. Aufnahme zusätzlich zur Quote**

Die Stadt Gronau stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich die Stadt Gronau mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium, **dem Kreis Borken** und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.

### **4. Unterstützung für Aufnahmeprogramme**

Die Stadt Gronau begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Sie setzt sich gegenüber dem Bundesland Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten ein und bietet dafür selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an.

a) Die Stadt Gronau fordert die Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalens auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gemäß §23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz einzuführen und damit Flüchtenden die sichere Einreise nach Deutschland und einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.

b.) Die Stadt Gronau fordert die Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalens und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gemäß §23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz und anderen Programmen zur sicheren Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

## **5. Solidarische Kommune**

Die Stadt Gronau tritt für Bleibeperspektiven ein. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen. **Die Stadt Gronau wird sich dafür einsetzen, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Geflüchteten in der Kommune dauerhafte legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven zu schaffen.**

**Die Stadt Gronau prüft, ob und inwieweit sie bei Abschiebungen amtshilfepflichtig ist, dies gilt für Mitarbeitende der Stadtverwaltung und andere städtische Angestellte ebenso wie für Mitarbeitende der städt. Flüchtlingsbetreuung. Soweit gesetzlich zulässig sichert die Stadt Gronau zu, sich zukünftig nicht mehr direkt aus dem Rathausgebäude und dessen Außenstellen heraus an Abschiebungen zu beteiligen. Insbesondere versichert die Stadtverwaltung, dass sie keine in diesem Bereich ehrenamtlich Engagierten zum Zwecke von Abschiebungen instrumentalisiert. Im sicheren Hafen Gronau ist auch das Rathaus ein sicherer Ort.**

## **6. Kommunales Ankommen gewährleisten**

Die Stadt Gronau sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt. **Als eine direkte Maßnahme richtet die Stadt Gronau einen monatlichen Austausch zwischen dem Flüchtlingskoordinator der Stadt Gronau, dem Integrationsbeauftragten der Stadt Gronau, Vertretenden der kommunalen Flüchtlingsbetreuung der Stadt Gronau, Vertretenden der Initiative Seebrücke Gronau und Vertretenden der lokalen Bürger\*inneninitiative MITgestalten ein. Der Integrationsrat der Stadt Gronau und der Ausschuss für Soziales, medizinische Versorgung und Bevölkerungsentwicklung (und bei thematischem Bedarf weitere Ausschüsse) befassen sich mit den Inhalten der Rückmeldungen dieses runden Tisches.**

## **7. Kommunales Bündnis „Städte Sicherer Häfen“**

Die Stadt Gronau setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

## **8. Transparenz**

Die Stadt Gronau veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem Sicherer Hafen wird und informiert ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.